Entsolidarisierungswahl?

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **101 (2007)**

Heft 11

PDF erstellt am: **04.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-389920

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Entsolidarisierungswahl?

Was mit dem «Wahlmenetekel» des Kantons Zürich im April dieses Jahres begann, endete am 21. Oktober in einer «historischen Wahlniederlage» (TA 22.10.07) der schweizerischen Sozialdemokratie. Die SP ist unter die 20-Prozent-Marke gesunken und hat 9 von ihren 52 Mandaten verloren. Auch die Parteien links der SP kommen nur noch auf einen von bisher drei Sitzen. Die Grünen konnten diesen Rückgang nicht wettmachen, obschon sie sich um beachtliche 7 Mandate auf 20 gesteigert haben. Die drei Grünliberalen wollen die Wachstumszwänge des Kapitalismus mit ökologischer Nachhaltigkeit versöhnen und versuchen sich damit in der Quadratur des Kreises. Ganz rechts hat die SVP 7 Sitze zugelegt und verfügt nun mit 62 Mandaten und 29 Prozent Wähleranteil über das beste Resultat einer Partei seit Einführung der Proporzwahl 1919.

Wie die grossen Medien den Wahlausgang kommentieren, macht ihn auch nicht besser. Auf der einen Seite vollführen sie den Kotau vor der rechtsbürgerlichen Hegemonie, auf der andern Seite betreiben sie ihr SP-Bashing um die Wette. Wir lesen und hören, die Linke müsse aufhören, Blocher zu «verteufeln», sich von ihrer Nähe zu den Gewerkschaften lösen, einen Generationenwechsel herbeiführen, sich modernisieren.

Kaum jemand wagt sich an das eigentliche Problem, das uns beschäftigen müsste: dass nämlich die neoliberale Entsolidarisierung an der Schweiz und ihren Wähler/innen nicht spurlos vorbeigegangen ist. Wer sich um das Thema dieser Entsolidarisierung drückt, macht sich zu ihrem Komplicen.

«Blocher-Falle»?

«Die SP spekulierte auch viel zu lange darauf, allein schon als Anti-Blocher-Partei tüchtig punkten zu können. Das zieht heute ganz offensichtlich nicht mehr ...», schreibt der *Tages-Anzeiger* am Tag danach (22.10.07). «Und mit der Fixierung auf den Kampf gegen Christoph Blocher verbaut sich die SP den Blick auf die Alltagsprobleme der Menschen», wiederholt sich diese Zeitung ein paar Tage später (26.10.07).

Dafür spart der «Tagi» nicht mit Lob für das «ideenreiche Marketing» der SVP. Ich wundere mich über Worte der *Bewunderung* wie: «... der klar beste Wahlkampf aller Parteien und die Fixierung auf Bundesrat Christoph Blocher zeigen positive Wirkung» (TA 22.10.07). Auch der Politologe *Michael Hermann* wird aufgeboten, um der SVP «einmal mehr einen guten Wahlkampf» zu attestieren (TA 22.10.07). – Wer tappt da eigentlich in die viel zitierte «Blocher-Falle»? Angenommen, der «Tagi» sei noch nicht ganz rechts gewendet, wäre doch die gegenteilige Frage zu stellen, warum ein ethisch verwerflicher und insofern miserabler Wahlkampf erfolgreich sein konnte. Wenn willige Medien und eine «wertfreie» Sozialwissenschaft dieses Thema ausblenden, verstärken sie die fremdenfeindliche und asoziale Botschaft, die vom Wahlresultat ausgeht, rechtfertigen sie gar mit den «Alltagsproblemen der Menschen».

Die *NZZ* ist da schon differenzierter, aber auch widersprüchlicher. Während sie im Inlandteil der SP ebenfalls die «Inhaltslosigkeit eines Anti-Blocher-Wahlkampfes» vorwerfen zu müssen glaubt,

heisst es im Kantonsteil derselben Ausgabe, es sei gerade der Fehler der SP, dass sie «alles sein» wolle: «eine Bildungspartei, eine Steuergerechtigkeitspartei, eine Integrationspartei, eine Krippenplatzpartei, eine Kulturförderungspartei, … natürlich … auch eine ökologische Partei» (23.10.07). Die NZZ meint zudem, Blocher sei von seinen Gegnern in «fragwürdiger Weise verteufelt» worden, räumt gleichzeitig aber ein, die Parlamentsmehrheit habe vor vier Jahren «mit Christoph Blocher einen nachgerade verhaltensauffälligen Parteiführer in den Bundesrat» gewählt (27./28.10.07). Wenn schon, wäre dessen Therapieresistenz offenkundig.

Richtig ist, dass sich die SP thematisch verzettelt und ihre Kernbotschaft «für eine soziale, ökologische und offene Schweiz» nicht so kommuniziert hat, dass die Wähler/innen sich darunter so Konkretes wie AHV, Wind- und Solarenergie statt AKWs, Verhandlungen für den EU-Beitritt usw. vorstellen konnten. Warum aber hat die Linke, wenn sie schon Blocher für unwählbar erklärte, nicht die Duce-Kritik des *Pascal Couchepin* als Steilvorlage benutzt, um im Namen aller *republikanischen Kräfte* zu sprechen, die für Menschenrechte, Rechtsstaat und Gewaltenteilung, insbesondere unabhängige Justiz, eintreten?

Darüber hinaus hätte die Linke aufzeigen sollen, wie die SVP mit schwarzen Schafen vom Kerngeschäft ablenkt, für das sie weit weniger gewählt würde: die *neoliberale Rezeptur* massiver Steuersenkungen für die Reichen und ratenweiser Abschaffung des Sozialstaates in Richtung Almosenstaat. Warum hat kaum jemand gefragt, woher die 15 Millionen für den Wahlkampf der SVP kamen? Es ist grotesk, dass wir bei Präsidentschaftswahlen in den USA wissen, wem die Schweizer Grossbanken wie viel Geld spenden, nicht aber, ob und allenfalls mit welchen Mitteln Ospel & Co. hierzulande eine fremdenfeindliche Partei unterstützen.

Nein, dieser Wahlausgang bedeutet eine weitere Entsolidarisierung der Schweiz. Es gilt darum, die Rechtspopulisten in die Schranken zu weisen, solange das mit demokratischen Mitten noch möglich ist, solange immerhin 71 Prozent die SVP *nicht* wählen. Es darf nicht sein, dass eine Partei, die offen rechtsextreme Positionen vertritt, mit der *Reputation als Bundesratspartei* auftreten kann. Damit ist die Schamschwelle, diese Rechtspopulisten zu wählen, gerade in den bürgerlichen Milieus zu niedrig geworden.

«Strukturkonservative Garde von Alt-68ern»?

Zu den «Alltagsproblemen der Menschen» gehören, wenn es nach den medialen Rat- und Rundumschlägen an die SP geht, die angeblichen Tabuthemen «Ausländerproblem» und «Jugendkriminalität». Als ob es die Aufgabe der Linken wäre, auf Themen zu antworten, die von der Rechten emotional hochgeputscht werden – um dann drei Tage nach der Wahl von Blocher in den April geschickt zu werden und sich sagen zu lassen: «Wir haben in der Schweiz im Vergleich zum Ausland ein ausserordentlich geringes Ausländerproblem» (TA 25.10.07). Kommt hinzu, dass die SP ihre Wähler/innen ja nicht an die SVP, sondern an die *Grünen* verloren hat. Diese wiederum verdanken «den Wahlsieg zu einem guten Teil ihrer kompromisslosen Haltung gegenüber Blocher», betont ihr Vizepräsident Ueli Leuenberger (TA 31.10.07). Die Grünen hatten es jedenfalls nicht nötig, sich mit der Herabsetzung des Strafrechtsalters zur Wahl zu empfehlen.

Eine weitere Breitseite gilt den *Gewerkschaften*, als deren «verlängerter Arm» die SP operiere, indem sie eine «konservative staatsgläubige Wirtschaftspolitik» vertrete, wie sich der Chefredaktor des Tages-Anzeigers auszudrücken beliebt (22.10.07). Viel mehr als der «Streit um Ladenöffnungszeiten» fällt ihm dabei nicht ein, noch weniger,

dass es sich dabei um «Alltagsprobleme» des Verkaufspersonals handeln könnte. Aber auch die NZZ spricht von «jener strukturkonservativen Garde von Alt-68ern innerhalb der SP» (und den Gewerkschaften), «die der Partei ein Imageproblem und damit auch Wählerverluste bescheren» (31.10.07).

Für den – glänzend wiedergewählten – Gewerkschafter *Christian Levrat* ist das «blanker Unsinn». Dort nämlich, wo die SP zulegte, wie z.B. im Kanton Freiburg, habe sie «eine ausgeprägte gewerkschaftsnahe Politik gemacht». Umgekehrt habe sie gerade dort massiv verloren, wo sie wie in Zürich oder Bern «auf Distanz zu den Gewerkschaften gegangen» sei (work 2.11.07). Auch *Josef Lang*, der für die Grün-Alternativen im Kanton Zug 17 Stimmenprozent einfahren konnte, begründet diesen Erfolg gegenüber den dürftigen 9 Prozent der SP nicht zuletzt mit engen Beziehungen zu den Gewerkschaften (WOZ 25.10.07). Und hat nicht eben die SPD an ihrem *Hamburger Parteitag* gezeigt, dass sie ihre Distanz zu den Gewerkschaften aufgeben muss, wenn sie die «Alltagsprobleme der Menschen» ernst nehmen will? Wer SP-Kritik an Vorurteilen gegenüber den Gewerkschaften festmacht, sollte sich nicht als Anwalt der kleinen Leute aufspielen. Was die welschen Genossinnen und Genossen den «blairisme zurichois» nennen, kann gerade nach diesen Wahlen keine Zukunftslösung für die Linke sein.

Es ist eine gar billige Schelte, die den *«Alt-68ern»* vorwirft, dass sie «alt» seien. «Die 68er Sozialdemokratie ist am Ende» oder «Das Debakel der linken Saurier» lauten zwei Titel in derselben «NZZ am Sonntag» (28.10.07). Während der eine Artikel die «68er» dem Prototyp des saturierten «Zürichberg-Sozialisten» zurechnet, sollen sie im anderen Beitrag gerade umgekehrt «zum eher linken Parteiflügel zählen» und «gewerkschaftsnah» sein. Ob die jungen Gesichter, von denen man sich mediale Abhilfe erhofft, «liberale Einstellung» mit ökonomischer Liberalisierung verwechseln, bleibt abzuwarten. Hinter ihnen tauchen jedenfalls die noch jüngeren Gesichter der *Jusos* auf, die so dezidiert antikapitalistisch sind, dass sie die parlamentarisch arrivierten Lieblinge der Medien schon wieder «alt» aussehen lassen.

Neuerdings schlägt der «Tagi» der SP das auch nicht mehr taufrische «Gurtenmanifest» um die Ohren und empfiehlt dessen Konzessionen an die neoliberale Umverteilung von unten nach oben (vgl. NW 2001, 172ff.) als Rezept gegen die angebliche «Denkfaulheit» der Partei (26.10.07). Es gehe, heisst es hier weiter, um «neue Ideen, die auch der gut verdienenden Mittelschicht gefallen könnten». *«Gut verdienende Mittelschicht»?* War nicht eben von den *«Alltagsproblemen der Menschen»* die Rede? Lösen wir die Probleme der Kinderarmut, der Working Poor, der steigenden Mieten und Krankenkassenprämien, durch Ideen, die der «gut verdienenden Mittelschicht» gefallen? Aber vielleicht ist die gut verdienende Mittelschicht, wenn sie denn schon SP wählt, gar nicht so egoistisch, wie gewisse Kommentator/innen es gerne sähen. Vielleicht zeichnet sie sich gerade dadurch aus, dass sie das Gemeinwohl stärker gewichtet als besitzbürgerliche Sonderinteressen.

Nach wie vor ungelöst ist die Frage, wie die Linke jene *SVP-Wähler/innen* erreicht, für die sie doch eigentlich Politik macht: ältere Menschen, die auf die AHV angewiesen sind, Arbeitende mit Einkommen unter 3000 Franken, schlecht Ausgebildete. Sie wissen zwar, dass es hierzulande eine himmelschreiende Abzockerei gibt, aber wissen sie auch, dass sie genau jene wählen, die mit ihrer Politik die Reichen hätscheln und die sozial Schwachen sich selbst überlassen? Oder lassen sie sich durch Geld und Macht blenden? Wie gewisse Medien, denen die aus der Mode gekommene *Solidarität* nicht einmal eine Erinnerung mehr wert ist. •